

Haushaltsplan 2017
 Änderungsbeschlüsse des Kreistages am 07.02.2017

Ergebnishaushalt 2017

Lfd. Nr.	Produktbereich	Produkt	Kostenarten-gruppe	Bezeichnung	Änderung Plan 2017 EUR	Entwurf Plan 2017 EUR	Erträge Mehr EUR	Erträge Weniger EUR	Aufwendungen Mehr EUR	Aufwendungen Weniger EUR
1	01	FM	60	Hochbau- und Liegenschaften / Material, Energie u. stg. verwaltungswirt. Tätigkeit Die Aufwendungen für Wärmelieferung und Strom im Kreishaus Bad Schwalbach werden aufgrund der Abrechnungen für das Jahr 2016 angepasst. Mehrbedarf von 35 T€ bei der Wärmelieferung durch Erhöhung des Wärmepreises und gestiegenem Verbrauch. Mehrbedarf bei Strom von 15 T€, da nach Inbetriebnahme des BHKW in 2015 jetzt erstmals eine komplette Jahresrechnung vorliegt.	452.100	402.100			50.000	
2	01	FM	6161	Hochbau- und Liegenschaften / Instandhaltung Gebäude Im Kreishaus in Rüdesheim wird der Umbau der Antragsannahme im Jobcenter erforderlich, die bei der Haushaltsanmeldung noch nicht bekannt war.	231.950	221.950			10.000	
3	03	SchulA	55	Sonstige Schulische Aufgaben / Steuern und Umlagen Anpassung der Schulumlage aufgrund der vorl. Festsetzung der Umlagegrundlagen gem. Erlass des HMdF vom 24.01.2017 / Hebesatz wie bisher 23,61%.	57.889.110	57.985.870		96.760		
4	03	SchulA	540-543	Sonstige Schulische Aufgaben / Erträge aus Zuweisungen Der Bundeszuschuss Energiesparmodelle an Schulen in Höhe von 90.000 € entfällt.	25.000	115.000		90.000		
5	03	SchulA	61	Sonstige Schulische Aufgaben / bezogene Leistungen Zusätzlicher Aufwand von 25.000 € für einen externen Berater für kommunikationstechnische Bestandsaufnahme für die Schulen des RTK (Umstellung Telefon von ISDN auf IP). Reduzierung der Beratungskosten für Ausschreibungsverfahren im Bereich Reinigung um 45.000 € und Streichung der Aufwendungen für die Teilnahme am Bundesprogramm Energiesparmodelle von 100.000 €	170.440	290.440				120.000

Anlage 25

Lfd. Nr.	Produktbereich	Produkt	Kostenarten- gruppe	Bezeichnung	Änderung Plan 2017 EUR	Entwurf Plan 2017 EUR	Erträge Mehr EUR	Erträge Weniger EUR	Aufwendungen Mehr EUR	Aufwendungen Weniger EUR
6	03	Schulen gesamt	61	Schulen gesamt / bezogene Leistungen Die Ansätze für Wartung können reduziert werden. Ansätze bisher: 398.000 € / Ansätze neu: 346.000 €	12.612.910	12.664.910				52.000
7	03	GrS	6161	Grundschulen / Instandhaltung Gebäude An der Grundschule Idstein ist die Umlegung eines Abwasserkanals und der Rückbau eines Parkplatzes erforderlich.	1.829.550	1.784.550			45.000	
8	03	Ges	540-543	Gesamtschulen / Erträge aus Zuweisungen Restzahlung von 74.000 € des Zuschusses für energetische Modernisierung am BT B der Limeschule in Idstein gem. Bescheid der WI-Bank vom 03.01.2017.	258.000	184.000	74.000			
9	05	Soz	71	Verwaltung Soziales / Zuweisungen und Zuschüsse Für den Auf- und Ausbau ambulanter Versorgungsstrukturen (Altenhilfeplanung) werden im HHJ 2017 81.800 € benötigt. Daher ist der bisher geplante Ansatz für das Förderprogramm Rat und Tat von 60.000 € um 21.800 € zu erhöhen.	127.580	105.780			21.800	
10	05	HfB	72	Hilfe für Behinderte / Transferaufwendungen Bei dem Ansatz für Integrationsmaßnahmen behinderter Kinder in Regelkindergärten können 10.000 € gekürzt werden. Ansatz bisher: 1.950.000 € / Ansatz neu: 1.940.000 € Bei dem Ansatz Hilfen für angemessene Schulbildung können 11.800 € gekürzt werden. Ansatz bisher: 450.000 € / Ansatz neu: 438.200 €	3.186.200	3.208.000				21.800
11	05	PK	540-543	Psychiatriekoordination / Erträge aus Zuweisungen Die Zuweisung des Landes für das Modellvohaben Inklusion erhöht sich von 55.000 € auf 60.600 €.	137.600	132.000	5.600			
12	05	PK	60, 61, 671, 67-69, 70	Psychiatriekoordination / Aufwand Modellvorhaben Inklusion Die Aufwendungen für das Modellvorhaben Inklusion werden gem. aktueller Kostenaufteilung zwischen dem RTK und dem Kooperationspartner auf verschiedene Kostenarten neu verteilt und insgesamt um 5.980 € erhöht. Nach Erhöhung der Landeszuweisung von 5.600 € verbleibt ein Eigenanteil RTK von 1.880 € (bisher 1.500 €).	62.480	56.500			5.980	
13	05	JC	547	Jobcenterangelegenheiten / Erträge aus Transferleistungen Gem. aktueller Kalkulation ergeben sich Mehrerträge von: 950.000 € bei der Kostenerstattung Bund ALG II (Aufwand in gleicher Höhe), 1.368.000 € bei der Kostenerstattung Bund KdU (Erhöhung um 6,6%) und 100.000 € bei der Kostenerstattung Bund Eingliederung (Aufwand in gleicher Höhe). Demgegenüber reduziert sich die Landeszuweisung für Flüchtlinge im Rechtskreis SGB II um 350.000 € (Absenkung der Pauschale von 343 € auf 120 € pro Monat).	50.874.330	48.806.330	2.068.000			

Lfd. Nr.	Produktbereich	Produkt	Kostenarten-gruppe	Bezeichnung	Änderung Plan 2017 EUR	Entwurf Plan 2017 EUR	Erträge Mehr EUR	Erträge Weniger EUR	Aufwendungen Mehr EUR	Aufwendungen Weniger EUR
14	05	JC	72	Jobcenterangelegenheiten / Transferaufwendungen Mehrbedarf bei den Grundleistungen §§ 19 ff. SGB II von 450.000 € aufgrund Rechtskreiswechsel Flüchtlinge und Regelsatzerhöhung von 1,5%, Mehrbedarf von 500.000 € bei der Krankenversicherung aufgrund Rechtskreiswechsel Flüchtlinge und Anpassung an Kostenentwicklung 2016 sowie Mehrbedarf von 100.000 € bei den Eingliederungsleistungen. Mehraufwand ist durch entsprechende Bundeserstattungen gedeckt.	58.331.330	57.281.330			1.050.000	
15	05	Mig	67-69	Migration / Inanspruchnahme v. Rechten und Diensten Einmaliger Mehrbedarf bei den Fort- und Weiterbildungskosten / Supervisionen zur Unterstützung team- und ablaufstruktureller Änderungen nach Leitungswechsel. Ansatz bisher: 10.000 € / Ansatz neu 28.500 €	351.300	332.800			18.500	
16	05	Mig	71	Migration / Zuweisungen und Zuschüsse Zum Ausgleich des flüchtlingsbedingten Mehraufwandes bei den Städten und Gemeinden werden 400.000 € eingeplant.	5.437.000	5.037.000			400.000	
17	05	UVG	547	Unterhaltsvorschussleistungen / Erträge aus Transferleistungen Ab dem 01.07.2017 wird das Unterhaltsvorschussgesetz ausgeweitet. Der Unterhaltsvorschuss wird bis zur Volljährigkeit (bisher 12 LJ) gezahlt und die Höchstbezugsdauer von 72 Monaten wird aufgehoben. Daher erfolgte eine Neukalkulation der Erträge und Aufwendungen in diesem Bereich.	1.740.000	930.000	810.000			
18	05	UVG	72	Unterhaltsvorschussleistungen / Transferaufwendungen Ab dem 01.07.2017 wird das Unterhaltsvorschussgesetz ausgeweitet. Der Unterhaltsvorschuss wird bis zur Volljährigkeit (bisher 12 LJ) gezahlt und die Höchstbezugsdauer von 72 Monaten wird aufgehoben. Daher erfolgte eine Neukalkulation der Erträge und Aufwendungen in diesem Bereich.	2.250.000	1.250.000			1.000.000	
19	07	GHA	67-69	Gesundheitsangelegenheiten / Inanspruchnahme v. Rechten und Diensten Mehrbedarf bei den Fort- und Weiterbildungskosten / Supervisionen zur Optimierung der Arbeitsabläufe in den Geschäftszimmern wegen stark angestiegener Arbeitsbelastung. Ansatz bisher: 12.000 € / Ansatz neu 15.000 €	59.150	56.150			3.000	
20	09	KE	61	Kreisentwicklung / bezogene Leistungen Der Ansatz für die Förderung der Interkommunalen Zusammenarbeit zur Ressourcen- und Energieeinsparung von 30.000 € entfällt.	8.300	38.300				30.000

Lfd. Nr.	Produktbereich	Produkt	Kostenartengruppe	Bezeichnung	Änderung Plan 2017 EUR	Entwurf Plan 2017 EUR	Erträge Mehr EUR	Erträge Weniger EUR	Aufwendungen Mehr EUR	Aufwendungen Weniger EUR
21	09	KE	67-69	Kreisentwicklung / Inanspruchnahme v. Rechten und Diensten Für eine Machbarkeitsstudie zum Bau einer Rheinbrücke werden 75.000 € in den HHPL eingestellt.	102.020	27.020			75.000	
22	09	KE	71	Kreisentwicklung / Zuweisungen und Zuschüsse Im Entwurf des HHPL 2017 ist ein Zuschuss von 25.000 € für die Verlängerung der Fahrzeiten incl. Durchtarifierung eingeplant. Ein HH-Antrag zur Ausweitung des Fährbetriebes (DS X/206) sieht ein Budget von 50.000 € vor. Gem. KT-Beschluss vom 06.12.2016 wurde der Antrag zur weiteren Beratung in den HFA verwiesen.	364.350	339.350			25.000	
23	15	WF	67-69	Wirtschaftsförderung / Inanspruchnahme v. Rechten und Diensten Der RTK strebt wieder eine Mitgliedschaft in dem Verein EXINA e.V. an. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 100 €. Siehe auch nächste lfd. Nr. Die Ansätze für Bündnis für den Mittelstand (1.000 €), Schulwettbewerb erneuerbare Energie (1.000 €) und Klimaschutzpreis des RTK (2.000 €) werden gestrichen.	27.200	31.100				3.900
24	15	WF	71	Wirtschaftsförderung / Zuweisungen und Zuschüsse Der RTK ist zum 31.12.2014 aus dem Verein EXINA e.V. ausgetreten, um die jährlichen Zuschüsse i.H.v. zuletzt 21.500 € einzusparen. Die regelmäßige Vereinstätigkeit in Abstimmung mit der Kreiswirtschaftsförderung hat in der Zwischenzeit jedoch gezeigt, dass eine solitäre Förderung/Vereinstätigkeit nur für die LH Wiesbaden nicht zielführend ist und stattdessen auch der RTK angemessen vertreten und berücksichtigt werden muss, damit es nicht zu negativen Auswirkungen und Entwicklungen für Gründungsunternehmen im Landkreis kommt. Dazu soll ein Wiedereinstieg in den Verein EXINA e.V. mit einem reduzierten jährlichen Zuschuss i.H.V. 9.500 EUR zzgl. 100 EUR regulärer Mitgliedsbeitrag angestrebt werden.	161.000	151.500			9.500	
25	16	FW	55	Finanzwirtschaft / Steuern und Umlagen Anpassung der Kreisumlage aufgrund der vorl. Festsetzung der Umlagegrundlagen gem. Erlass des HMdF vom 24.01.2017 / Hebesatz wie bisher 29,10%.	71.413.000	71.532.260		119.260		
26	16	FW	540-543	Finanzwirtschaft / Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen Schlüsselzuweisungen gem. der vorl. Festsetzung des HMdF vom 24.01.2017. Weitere 2,0 Mio. € im Investitionshaushalt. Ansatz bisher: 41.719.600 € / Ansatz neu: 41.813.420 €	43.558.420	43.464.600	93.820			

Lfd. Nr.	Produktbereich	Produkt	Kostenarten-gruppe	Bezeichnung	Änderung Plan 2017 EUR	Entwurf Plan 2017 EUR	Erträge Mehr EUR	Erträge Weniger EUR	Aufwendungen Mehr EUR	Aufwendungen Weniger EUR
27	16	FW	73	Finanzwirtschaft / Steueraufwendungen Anpassung der LWV- und der Krankenhaushumlage gem. den vorl. Umlagegrundlagen des HMdF vom 24.01.2017. Der Hebesatz des LWV beträgt gem. eingebrachtem HH-Entwurf des LWV 11,113%; bisher wurde mit 11,187% kalkuliert. Unter Berücksichtigung der Änderungen ergeben sich folgende Ansätze: LWV-Umlage Ansatz bisher: 32.390.300 € / Ansatz neu: 32.176.020 € Des Weiteren reduziert sich die Krankenhaushumlage von 2.750.600 € auf 2.747.580 €.	34.923.600	35.140.900				217.300
28	16	FW	77	Finanzwirtschaft / Zinsen und ähnl. Aufwendungen Kürzung der Zinsaufwendungen für Kassenkredite um 10.000 €. Ansatz bisher: 600.000 € / Ansatz neu: 590.000 €	1.703.600	1.713.600				10.000
Summe							3.051.420	306.020	2.713.780	455.000

Gesamtbetrag Erträge	305.264.360	302.518.960
Gesamtbetrag Aufwendungen	304.723.180	302.464.400
Jahresergebnis 2017	-541.180	-54.560
ordentliches Ergebnis 2017	-1.180	485.440
Unterschreitung Schutzschirmvertrag	7.929.180	7.442.560

nachrichtlich : ordentliches Ergebnis 2017 gem. Schutzschirmvertrag 7.928.000 €.

Investitionsprogramm 2016-2020
 Änderungsbeschlüsse des Kreistages am 07.02.2017

Stand: 08.02.2017

Lfd. Nr.	Programmposition	Bezeichnung	Plan bis 2015 EUR	Plan 2016 EUR	Plan 2017 EUR	Plan 2018 EUR	Plan 2019 EUR	Plan 2020 EUR	Plan 2021 ff. EUR	Plan Gesamt EUR
		Ausgaben								
29	12-3320	Kreisstraßen und Radwege								
	12-3320-14	Kauf und Investitionen der Aartalbahnstrecke im Kreisgebiet	bisher 250.000	0	250.000	0	0	0	0	500.000
			neu 0	0	250.000	0	0	0	0	250.000
		Der bisherige Verwendungszweck "Kauf der Aartalbahnstrecke im Kreisgebiet" wurde um "Investitionen" erweitert. Der Ansatz 2017 bleibt unverändert in Höhe von 250.000 € bestehen.								
		Die bisher in der Spalte "Plan bis 2015" ausgewiesenen Mittel sind gem. § 21 Abs. 2 S. 2 GemHVO per 31.12.2016 verfallen. Aus diesem Grunde erfolgte auch die Neuveranschlagung im HHPL 2017.								
30	12-3320-25	Planungskosten Aartalbahn / Citybahn	bisher 0	0	0	0	0	0	0	0
			neu 0	0	30.000	0	0	0	0	30.000
		Für die Aartalbahn / Citybahn werden 30.000 € für Planungskosten eingestellt.								
		Gesamtbetrag Einnahmen (festgestellter Entwurf KA)	bisher		3.920.700	7.472.850	3.167.850	2.247.350	2.247.350	
		Gesamtbetrag Einnahmen	neu		3.920.700	7.472.850	3.167.850	2.247.350	2.247.350	
		Gesamtbetrag Ausgaben (festgestellter Entwurf KA)	bisher		13.153.100	16.800.700	11.493.750	9.702.600	8.081.750	
		Gesamtbetrag Ausgaben	neu		13.153.100	16.830.700	11.493.750	9.702.600	8.081.750	
		Kreditermächtigung (festgestellter Entwurf KA)	bisher		9.232.400	9.327.850	8.325.900	7.455.250	5.834.400	
		Kreditermächtigung	neu		9.232.400	9.357.850	8.325.900	7.455.250	5.834.400	
		Gesamtbetrag Verpflichtungsermächtigungen	bisher			6.690.000				
		Gesamtbetrag Verpflichtungsermächtigungen	neu			6.690.000				

Nachrichtlich:

Gesamte Kreditaufnahme	9.232.400	9.357.850	8.325.900	7.455.250	5.834.400
geplante Tilgung	7.950.000	6.910.000	6.390.000	6.000.000	5.840.000
Unter- (-) / Überschreitung (+) Nettoneuverschuldung	1.282.400	2.447.850	1.935.900	1.455.250	-5.600
davon Darlehen Kom. IPRO (KIP)	350.000	2.450.000	2.000.000	1.490.850	0
davon Erweiterungsbau Kreishaus SWA	1.000.000	0	0	0	0
"bereinigte Nettoneuverschuldung"	-67.600	-2.150	-64.100	-35.600	-5.600

VERMERK

STELLENPLAN 2017

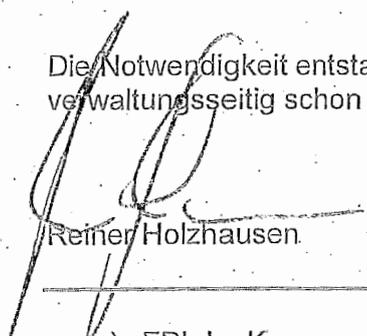
Folgende Stellen sollen noch aufgenommen werden (Änderungsliste):

Nachtrag I: Stand 31.01.2017

Für Stellenplan

- | | | |
|--|-----------------|--|
| 1. Stellenschaffung
PC 4100 Rechnungsprüfung
Beschäftigte | 2,0 E 12 | Zentrale Vergabestelle
soll als Stabsstelle beim RPA angesiedelt werden.
Stellenbesetzung vorbehaltlich einer noch durchzuführenden Stellenbewertung. |
| 2. Stellenschaffung
PC 1110 – Allg. Rechtsangelegenheiten
Verwaltung | 0,5 A 14 | Neuausrichtung des Fachdienstes
Wegen Aufgabenzuwachs und gestiegenem Beratungsbedarf |

Die Notwendigkeit entstand und die Beantragung erfolgte erst, nachdem die Stellenplanung verwaltungsseitig schon abgeschlossen war.


Reiner Holzhausen

a) FBL I z.K.

L z.K.


Schardt

Albers

b) I.4 – Jürgen Schwalbach z.K.

c) I.3 – Jens Semmler z.K.

d) PR – Christel Kopp z.K.

e) BK – SD für Ergänzung der Beratungsunterlagen HFA 03.03.2017